



Perspektiven für eine andere Welt eröffnen

Uwe Reinecke

»Eine andere Welt ist möglich!«, lautet das Motto der globalisierungskritischen Bewegung von Attac. Mit dieser selbstbewusst geäußerten Überzeugung treten Menschen in aller Welt der vorherrschenden Politik der Globalisierung und Militarisierung, also dem Kapitalismus, entgegen. Aber gibt es angesichts so vieler schlechter Nachrichten und Rückschritte überhaupt eine Perspektive für eine friedliche Welt? Was kann die für dieses Ziel aktiven Menschen weiterhin motivieren?

Drei Schlaglichter sollen kurz Möglichkeiten benennen: Am 14. Juli 1788 glaubte niemand daran, dass genau ein Jahr später Rufe nach »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Solidarität)« laut durch die Pariser Straßen schallen würden. Die revolutionären Veränderungen in Frankreich erfassten damals Europa und wirken in der Welt bis heute nach.

Die erfreulichen Ergebnisse der Referenden gegen die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden zeigen, dass anhaltender Protest erfolgreich sein kann, auch wenn damit der Verfassungsentwurf nicht zurückgenommen ist und teilweise dessen Inhalte schon umgesetzt werden.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass Perspektiven für eine demokratische und zivile Gesellschaft sehr wohl

bestehen. Zunächst gehe ich auf die gegenwärtige Militarisierung in Staat und Gesellschaft ein. Danach werden Alternativen aufgezeigt, und als drittes wird es um den Weg gehen, der zu den Alternativen hinführen kann. Am Schluss folgt eine Bewertung der Chancen auf Umsetzung.

1. Keine »Friedensdividende«

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen Wegfall der Blockkonfrontation keimte zunächst die Hoffnung auf eine »Friedensdividende« auf. Tatsächlich wurde nach Beendigung des »Kalten Krieges« Anfang der 1990er Jahre kurzfristig abgerüstet. Man sprach sogar vom »Ende der Geschichte«.¹ Aber bereits mit dem zweiten Golfkrieg 1991 kam es wieder zu Aufrüstungstendenzen. Die Regierungen der NATO-Staaten zogen aus den »Erfahrungen« des Golfkriegs die Konsequenz, dass die Waffensysteme »modernisiert« werden müssten. Die Staaten des ehemaligen »Warschauer Vertrages« rüsteten – nach ihrem Verständnis – nach. Staaten in anderen Regionen der Welt mischten dabei mit.

Alte Waffen gelangten so auf den



Europäisches Sozialforum, Foto: Sven Opitz, attac, Bearbeitung IMI.

Weltwaffenmarkt und damit in die so genannte Dritte Welt. Sie wurden danach in den abgebenden Staaten durch neue »moderne« Waffen ersetzt. Gegenwärtig sehen wir uns damit einer gigantischen Militarisierung gegenüber.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 führten zum »Krieg gegen den Terror«. Dieser werde »mindestens zehn Jahre dauern« und fast »weltweit geführt werden«.² Die Kriege gegen Afghanistan 2001ff. und den Irak 2003ff. werden als ein Teil dieses »Krieges gegen den Terror« angesehen.

Diese permanente Kriegssituation, die durch die Erklärung des NATO-Bündnisfalls³ besteht, hat nicht nur zu einer weiteren Aufrüstung geführt, sondern die Außenpolitik insgesamt zunehmend zur Militärpolitik verkommen lassen. Diplomatische Beziehungen werden unter dem Gesichtspunkt der Unterstützung des »Krieges gegen Terror« neu bewertet. »Gemeinschaft der Willigen« einerseits sowie »Altes Europa« und »Achse des Bösen« andererseits sind nur einige der Stichworte, die diese Einteilung beschreiben.

Gravierend ist auch die Militarisierung der Innenpolitik. So wurden »Antiterrorgesetze« geschaffen bzw. verschärft. Damit werden elementare BürgerInnenrechte massiv eingeschränkt. Das Abhören von Telefongesprächen ist in der Bundesrepublik mittlerweile Alltag und wird weder parlamentarisch noch richterlich wirksam kontrolliert, geschweige denn unterbunden. Das Speichern von Autokennzeichen

beim Einfahren in einen Tunnel oder die Videoüberwachung »öffentlicher Plätze« soll hier nur am Rande erwähnt sein.

Mit der Ausweitung der willkürlichen Kontrolle der BürgerInnen durch Behörden, Polizeien und andere Regierungsstellen geht auch eine gravierende Einschränkung der Bewegungsfreiheit für »AusländerInnen« und als solche definierte Menschen einher. Besonders trifft dies auf als »arabisch oder muslimisch aussehend« erkannte Menschen zu.⁴ Es geht dabei offensichtlich nur um Diffamierung und Stigmatisierung einer Bevölkerungsgruppe und um das Schüren von Angst in der Bevölkerung. Das erfüllt schon den Tatbestand des staatlichen Rassismus. Für »AusländerInnen« gelten Sondergesetze, die in Deutschland zur Reisebeschränkung für AusländerInnen führen.⁵ Auch müssen in diesem Zusammenhang Abschiebehaf und Abschiebungen aus Deutschland heraus erwähnt werden. Letztere ließen sich immer öfter nicht mehr mit Linienflugzeugen durchführen, weil andere Fluggäste sich nicht hinsetzten und damit den Start der Maschine verhinderten.⁶ Einige EU-Staaten – darunter Deutschland – schieben deswegen nun gemeinsam mit speziell gecharterten Maschinen ab. Die Abschiebemaschinerie läuft unbeobachtet weiter.

Dramatische Spitze der allgemeinen staatlichen Hetzjagd Stimmung ist die Tötung des Brasilianers Menendez in London am 22. Juli 2005. Er habe »verdächtige Kleidung getragen und sich auffällig verhal-

ten«, hieß es aus Polizeikreisen. Als diese Darstellung mit Hilfe von Zeugenaussagen und Videoaufnahmen widerlegt wurde, glaubte der Polizeichef befehlen zu können, man möge »die Polizei doch nicht vorverurteilen«.

Repression gab es selbstverständlich auch schon während des »Kalten Krieges«. Doch der rund 50 Jahre währende »Kalte Krieg« wurde im Wesentlichen zwischen zwei klar abgegrenzten Militärblöcken geführt. Der »Eiserne Vorhang« grenzte den Wirkungskreis der jeweiligen Macht räumlich ein.

Das ist nun grundlegend anders. Eine räumliche Einschränkung gibt es nicht mehr. Peter Strucks Äußerung, »Mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt«,⁷ verdeutlicht das.

Hinzu kommt, dass der angebliche Feind (»Islamistische Terroristen«) sich nicht hinter einem »Eisernen Vorhang« befindet, sondern quasi überall anzutreffen ist. So jedenfalls erklären uns die Militärexperten die Situation. Das rechtfertigt dann all die Repressionsmaßnahmen im Inneren und die Militäraktionen nach außen.

Wenn man den erkannten Militarismus überwinden will, muss man zu Beginn seine Grundidee benennen. Dem Militarismus liegt eine Logik zugrunde, die vom Recht des Stärkeren ausgeht. Der Stärkere setzt seine Macht gegen die Schwächeren durch.⁸ Das führt zum Bestreben aller, selber stark zu sein. Damit wird eine Ungleichheit festgeschrieben, die eine gerechte und friedliche Welt verunmöglicht. Ideen, die das verändern wollen, werden als Bedrohung empfunden und bekämpft. Dabei geraten Ursachen von Konflikten naturgemäß aus dem Blick.

2. Das TINA-Syndrom gedanklich überwinden

Es dürfte deutlich geworden sein, dass wir in der Zeit einer nach innen und außen gerichteten Militarisierung leben. Es könnten der im ersten Absatz aufgeführten Liste noch etliche Punkte hinzugefügt werden. Dennoch wollen wir uns jetzt den Alternativen zuwenden, die es selbstverständlich auch gibt.

Das von der Politik häufig vertretene TINA-Syndrom (»there is no alternative?«)⁹ bedeutet, freundlich ausgedrückt, ein hohes Maß an Fantasielosigkeit der gegenwärtig herrschenden Politik.

Friedensbewegungen und soziale Bewegungen dagegen erkennen die vorgebliche Alternativlosigkeit nicht an und gehen von einer diametral anderen Grundidee aus. Nicht die Macht des Stärkeren, sondern die Gleichheit aller bildet deren Grundlage. Krieg als Mittel der Politik verbietet sich deshalb automatisch. Konflikte müssen anders angegangen werden.

Ihre Existenz soll dabei nicht geleugnet werden, aber

das Überhöhen hilft nur denen, die am Streit oder sogar Krieg verdienen. Streitigkeiten der Staaten sind in Wahrheit Streitigkeiten der herrschenden Klassen und Regierungen. Das hat nur sehr wenig mit der Mehrheit der Menschen einer Region zu tun. Den Beherrschten muss klar werden, dass die Herrschenden völlig ohne Legitimität handeln und dass sie selber ein legitimes Recht auf ein ziviles, also freies Leben haben.

Jeder Krieg endet letztlich mit Verhandlungen, und nach jedem Krieg ist Versöhnungsarbeit nötig. Verhandlungen und Versöhnung sind aber besser und schneller ohne Gräber zu haben.

Konflikte sind also anders als kriegerisch zu lösen. Ursachen von Kriegen sind nicht nationaler oder religiöser Art. Religion und Nation werden nur propagandistisch eingesetzt für den Krieg und im Krieg. Eine wahrhaft demokratische und zivile Gesellschaft ist für rassistische, nationalistische oder religiöse Kriegshetze aber nicht empfänglich. Dass viele Menschen tatsächlich Angst vor »dem islamistischen Terror« haben, zeigt, dass die Propaganda funktioniert und wir von dieser selbstbewussten und freien Gesellschaft noch weit entfernt sind. Daher steht am Anfang der Aufbau einer solchen Gesellschaft. Beispiele ziviler Gesellschaftsansätze und zivilen Handelns gibt es viele:

Der Porto Alegre-Prozess¹⁰ und alles, was sich bis heute schon daraus entwickelt hat, ist hier an erster Stelle zu nennen. Das Weltsozialforum ist eine der Antworten auf die militaristische Welt von heute. »Fragend schreiten wir voran«¹¹ gilt als das Motto einer neuen zivilen Gesellschaft von unten, also der sozialen Bewegungen allgemein.

Darauf wird mit Repression und staatlicher Gewalt reagiert. Wenn sich Staats- und Regierungschefs auf ihren »Gipfeln« nur noch in entlegenen Orten und militärisch abgeschottet treffen können, so ist das einerseits eine schreckliche Entwicklung, andererseits ist es eine Ermutigung. Zeigt es doch, dass die Alternativen ernst genommen werden und vielleicht sogar die herrschenden Verhältnisse kippen können. Die Kriminalisierung der Gegner der gegenwärtigen Politik bis hin zum generellen Terrorismusverdacht schreckt immer weniger Menschen ab. Sie entlarvt auch den exzessiv verwendeten Terrorbegriff der Regierenden. Wenn die Menschen in den »Bewegungen von unten« genauso inflationär und pauschal wie Moslems dem Terrorverdacht ausgesetzt sind, kann man diesen Verdacht immer weniger ernst nehmen.

3. Keine Angst vor Veränderungen

Der Weg hin zu den Alternativen kann nur demokratisch und zivil organisiert und beschriftet werden.

Das bedeutet, dass wir wieder ein Bewusstsein der internationalen Solidarität fördern und Kriege nicht nur verbal, sondern strukturell ausschließen müssen.

Das bereits erwähnte Weltsozialforum (WSF) will massive Veränderungen erreichen. Diese Änderungen im Zusammenleben in der Welt werden als unumgänglich erkannt. Daher wird der Weg »fragend weiter gegangen«. Er organisiert sich von unten. Geprägt von der Überzeugung, dass nur eine solidarische Welt die Probleme auf sozialer, ökonomischer und ökologischer Seite lösen kann, gehen die am WSF beteiligten Gruppen und Personen in zahlreichen grenzüberschreitenden Initiativen Beispiel gebend voran.

Die Staaten der »westlichen Welt« sehen sich gezwungen, darauf Antworten zu finden. Daher verkündeten sie einen »Schuldenerlass«.¹² Die Armut in der Welt soll bekämpft werden, so hieß es unisono auf dem G8-Gipfel in Edinburgh im Sommer 2005. Die jährliche Entwicklungshilfe soll endlich 0,7% des BIP erreichen. Dieses Versprechen ist bereits sehr alt, es wurde erstmals in den 1970er Jahren vor der UN gegeben und ist nicht gehalten worden.

Kritisch anzumerken ist dabei: Angesichts der schlimmen Erfahrungen mit »Entwicklungshilfe« (Zerstörung einheimischer Märkte z.B.)¹³ können die Menschen in der so genannten Dritten Welt nur dankbar und froh darüber sein, dass das Versprechen bisher nicht eingehalten wurde. Nicht »Entwicklungshilfe«, sondern faire Entwicklungschancen bei fairem Welthandel sind gefordert. Das wird nicht von oben geschenkt, sondern muss von unten organisiert werden. So gibt es mehrere Kooperativen, die sich Partner in Europa gesucht haben, um einen »fairen Handel« zu betreiben. Faire und gesunde Arbeitsbedingungen und faire Preise sind die Philosophie solcher Verbände. Dieses System verbunden mit nachhaltiger Produktion ist nicht nur beispielgebend, sondern bringt qualitativ gute Ware auf den Markt und hat nichts von dem Schmuddelimage einer verachteten Alternativszene. »Fair-Trade«-Produkte haben so selbst die Regale von Supermärkten erreicht.

Zu der »anderen Welt« gehört neben dem solidarischen Welthandel vor allem auch eine demokratische Gesellschaft. Das bedeutet, dass eine politische Partizipation der Menschen an Entscheidungen in der Kommune, der Region, dem Staat und darüber hinaus erreicht werden muss. Auch hier ist wieder Südamerika den Europäern weit voraus. Millionenstädte lassen dort ihre BürgerInnen über den Haushalt bestimmen¹⁴ und fahren seit Jahren gut damit. Die Korruption wurde deutlich gesenkt, die Sicherheit der BürgerInnen nahm deutlich zu und die Schulden der Kommunen gingen stark zurück. Als Antwort auf das

positive Beispiel aus Porto Alegre fiel in Deutschland der Politik nur ein halbherziger Modellversuch in sechs Städten in NRW unter Leitung der Bertelsmann-Stiftung ein. Die Städte Oldenburg und Göttingen – an diesem Modell nicht beteiligt – erstellen eine Broschüre zum Haushalt. Mitentscheiden dürfen die BürgerInnen selbstverständlich nicht. So werden Zukunftschancen vergeben. Die Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen ist Beteiligung und nicht Bevormundung.

Fairer Welthandel und demokratische Strukturen bilden einige der Voraussetzungen für die schwierige Aufgabe der Konfliktbewältigung. Konflikursachen erkennen und benennen, um diese mit zivilen Mitteln zu entschärfen, ist das Ziel des IPPNW-Projekts »Root Causes of Conflicts«.¹⁵ Dabei wird der zunehmenden Begehrlichkeit »westlicher Staaten«, in von diesen als »failing states« (Versager-Staaten) bezeichneten Ländern intervenieren zu wollen, eine klare Absage erteilt. Militärische Mittel als Konfliktlösung werden nicht akzeptiert und für überflüssig erachtet, da bereits vorher zivile diplomatische Wege erfolgreich beschritten werden sollen.

Root Causes of Conflicts bemüht sich darum, die tatsächlichen Ursachen sozialer oder wirtschaftlicher Art zu ergründen. Machtansprüche und Ansprüche auf Rohstoffe und Märkte¹⁶ sind oft als wahre Ursachen für Interventionswünsche einiger Staaten zu erkennen, während die vorgegebene Verhinderung einer »humanitären Katastrophe«¹⁷ oder der vorgegebliche Kampf gegen einen imaginären Terror¹⁸ höchstens im Hintergrund eine Rolle spielt.

4. Es gibt sie doch, die antikapitalistische Perspektive

Festzuhalten ist, dass unsere Gesellschaft sich nach innen und außen militarisiert hat. Dieser Prozess hob die Anfang der 1990er Jahre bestehende Hoffnung auf Abrüstung und Erlangung des Weltfriedens auf. Aus Sicht der ProtagonistInnen dieser politischen Entwicklung verläuft das erfolgreich. Denn bei Diskussionen von BürgerInnen über die neue Bundeswehr als Interventionsarmee heißt es häufig, dass diese Entwicklung begrüßt werde, denn man müsse etwas gegen den Unilateralismus der US-Macht unternehmen. Die große Mehrheit der Bevölkerung scheint zufrieden. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre¹⁹ und die geringe Beteiligung bei Protesten scheinen das zu bestätigen.

Alternativen sind vorhanden, aber sie haben es schwer, sich im öffentlichen Diskurs zu behaupten. Sie werden als Utopie oder als undurchführbar diffamiert.²⁰ Der gegenwärtigen Politik mangelt es aber

nicht an Alternativen, sondern den Alternativen mangelt es an Unterstützung und Durchsetzungskraft. Daher fällt mein Fazit insgesamt nur verhalten optimistisch aus.

Nicht die vage Aussicht auf nahen Erfolg kann motivierend sein, sondern die feste Überzeugung, sich auf der richtigen Seite zu befinden und das Richtige zu tun. Der positiven Vorbilder sind reichlich. Die Erfahrung, ganz gewiss nicht allein, sondern international vernetzt zu sein, hilft über das Plattwalzen durch die veröffentlichte Meinung hinweg. Die Beharrlichkeit der falschen Politik ist mit Beharrlichkeit in der Ablehnung eben dieser Politik zu beantworten. Langfristig ergibt sich damit eine antikapitalistische und antimilitaristische Perspektive.

Anmerkungen

¹ Das griff der damalige Außenminister Joseph Martin Fischer 2005 auf und nannte sein neues Buch »Die Rückkehr der Geschichte«.

² US-Präsident George W. Bush im Herbst 2001 in einer Rede zum Afghanistan-Krieg.

³ Am 2.10.2001 hat die NATO offiziell nach Artikel 5 des NATO-Vertrages vom April 1949 zum ersten Mal in ihrer bis dahin 52jährigen Geschichte den Bündnisfall erklärt und bis heute nicht aufgehoben.

⁴ Antirassismus-Gruppen haben mehrmals stichprobenartig beobachtet und dokumentiert, wie auf deutschen Bahnhöfen vornehmlich so genannte Ausländer vom Bundesgrenzschutz kontrolliert werden. Je dunkler die Hautfarbe, desto größer die Gefahr der verdachtsunabhängigen Kontrolle.

⁵ Die Residenzpflicht besteht seit 1982 und verbietet im §56 Asylverfahrensgesetz das Verlassen eines zugewiesenen Landkreises bzw. einer Großstadt. Die Residenzpflicht hat übrigens ihren Ursprung in der Kolonialpolitik Deutschlands. Für Schwarze galt keine Reisefreiheit und alle mussten Kennmarken offen tragen.

⁶ Diese Form des »zivilen Ungehorsams« wurde von Pro Asyl und IPPNW sowie vielen weiteren Gruppen eingefordert und offenbar mehrfach praktiziert.

⁷ Minister Peter Struck am 13.1.2004 in »Wegmarken für den neuen Kurs«. Die »Wegmarken« stellen eine Art Wegbeschreibung über den Fortgang der 4. Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr (VPR) vom 21.5.2003 dar.

⁸ Nach Spehr, Christoph in: *alaska*, Zeitschrift des BUKO, Mai 2003.

⁹ Besonders geprägt durch die britische Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er Jahren.

¹⁰ Seit dem ersten WSF am 25.1.2001 spricht man vom Porto Alegre-Prozess.

¹¹ »Preguntando caminamos« ist das Motto der Zapatisten.

¹² Der Evangelische Kirchentag im Juni 1999 in Stuttgart stand u.a. unter dem Motto »Schuldenerlassjahr 2000«. Dieser auch internationale Druck von unten bewegte die G7-Staaten später zum Schuldenerlass für die als ärmste Staaten geltenden Länder.

¹³ Schon 1985 von Brigitte Erler in »Tödliche Hilfe« beschrieben.

¹⁴ Die südbrasilianische Millionenstadt Porto Alegre machte 1989 den Anfang. Mehr als 400 Städte und Regionen folgten. Der so genannte Bürgerhaushalt wird von der Stadt offiziell wie geschildert bilanziert.

¹⁵ Vollständig: Root Causes of Conflicts in the Age of Total Markets (= Grundursachen für Konflikte und Kriege im Zeitalter des totalen Marktes) ist ein Projekt der »Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung«.

¹⁶ Aufgabe der Bundeswehr ist es laut den 3. Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 26.11.1992 u.a., »den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt zu sichern«. Rühes Nachfolger Struck ergänzte das im Mai 2003 (4. VPR) mit dem Ausspruch: »Deutschlands Sicherheit wird zukünftig auch am Hindukusch verteidigt.«

¹⁷ Diese diente als Begründung für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, wobei man vorgab, Vertreibungen zu verhindern. Die NATO veröffentlichte am 31.3.1999 eine Mitteilung, in der es hieß: »Mit Beginn des Bombardements setzte eine massenhafte Vertreibung ein.«

¹⁸ Begründung für den Krieg gegen Afghanistan 2001. Als Begründung für den Irakkrieg wurde sie 2003 nachgeschoben, weil die vorgeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen im Irak doch nicht gefunden werden konnten.

¹⁹ Wenn auch Parteien, die eine Regierung stellen, ausgetauscht werden, so wird noch kein vollständiger Politikwechsel vollzogen. Im Gegenteil wird die Kontinuität der Politik von allen im Bundestag vertretenen Fraktionen – mit Ausnahme der Linkspartei vielleicht – vertreten. Dies wurde besonders im Oktober 1998 beim Wechsel zu Rot-Grün von den Kanzlern Helmut Kohl und Gerhard Schröder betont. Die »große Koalition« unter Kanzlerin Merkel bestätigt diese Kontinuität deutscher Politik erneut.

²⁰ Der neu geschaffene Begriff der »Alternativen« wandte sich zunächst Ende der 1970er Jahre gegen die »GRÜNEN«. Ex-Minister Joseph Martin alias »Joschka« Fischer hält nun seinerseits Alternativen für ausgeschlossen.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), *Welt-Macht EUropa*, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 324-331).

Uwe Reinecke ist Historiker und Journalist. Er engagiert sich u.a. im Göttinger Antikriegsbündnis, im Bundesausschuss Friedensratschlag und in der KZ-Gedenkstätte Moringen. Er ist Beirat der Informationsstelle Militarisation.



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes »Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!«, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter www.imi-online.de/EU-Projekt/

Wir fordern:
**Soziale Sicherheit statt
militärische Großmachtspolitik!**